

ARBEITSGRUPPE SOLIDARISCHE KIRCHE IM RHEINLAND

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln
soki.rheinland@arcor.de www.solidarischekirche.de

Rundbrief 2019/2020

Köln, im Januar 2020

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

wie gewohnt wollen wir Ihnen und Euch am Anfang des Jahres Einiges von dem, was wir im letzten Jahr bedacht und getan haben, weitergeben. Zunächst ist da der Bericht von Martin Breidert über den **Thementag Palästina**, der wieder parallel zum Kirchentag stattgefunden hat. Dann folgt der Beitrag von Frauke Heiermann, die aktiv als sogenannte Zeitzeugin das Symposium „**Wo ist nun ihr Befreier?**“ – **Streitfall Sonderfonds** (13./14. September in Bergisch Gladbach) mitgestaltet hat. Zur **EKD-Synode** haben wir die Synodalen der EKIR angeschrieben und ihnen die öffentliche Erklärung des MAKSA (Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika), der wir uns als SoKi angeschlossen haben, zugeschickt mit der Bitte um Unterstützung des konkreten Vorschlags für einen **Ort des Gedenkens an den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia**. Ebenso haben „unsere“ Synodale einen Beitrag zum **Friedenthema**, das auf der EKD-Synode verhandelt wurde, von uns bekommen: **Zeit für ein prophetisches Friedenszeugnis**.

Hier noch eine dringende Bitte, die wir weitergeben möchten:

Das **Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e.V.** (PSZ Düsseldorf) ruft um Hilfe. Seit über 30 Jahren therapieren und beraten die inzwischen 34 qualifizierten Mitarbeitenden des PSZ traumatisierte Flüchtlinge. Jetzt ist ihre erfolgreiche Arbeit gefährdet.

Denn: das PSZ arbeitet mit öffentlichen Geldern, mit Projektzuschüssen von EU, Bund, Land und Stadt, die aber alle einen wesentlichen Eigenanteil (von ca 20%) erfordern. Der wird hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen, Kollekten und Spenden aufgebracht. Aber die Spendenbereitschaft ist seit 2018 drastisch und unerwartet schnell zurückgegangen. Außerdem wurde das PSZ im landeskirchlichen Kollektenplan in diesem Jahr nicht berücksichtigt. Das führt dazu, dass mehr Eigenmittel notwendig werden. Und auch wenn aktuell weniger Geflüchtete ankommen, so steigt doch der Bedarf unter den psychisch belasteten Geflüchteten, so dass das PSZ umso mehr gebraucht wird und nicht gefährdet werden darf. Darum die dringende Bitte um Spenden.

Spendenkonto: PSZ Düsseldorf, IBAN: DE54 3506 0190 1011 7420 13, Stichwort: SoKi-Zukunft PSZ

Im Namen der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland grüße ich Euch und Sie herzlich und wünsche uns allen ein segensreiches Jahr 2020, in dem die guten Nachrichten – persönlich und weltweit – nicht verdrängt werden von den schlimmen, sondern uns Freude bringen und Friedenskräfte stärken.

Rita Horstmann

Thementag Palästina – Israel in Dortmund

Zum dritten Mal hatte das Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz Deutschland während eines Kirchentags die Lage in Palästina-Israel thematisiert. Schon die Planung stand unter schwierigen Bedingungen, denn städtische Räumlichkeiten waren uns zunächst zugesagt worden, doch der zunehmende Druck der Israel-Lobby machte sich auch für diesen Thementag am 22. Juni in Dortmund bemerkbar, der unter dem Titel stand: „Die Lage spitzt sich zu.“

Durch Zufall und auf Umwegen fanden wir schließlich „Asyl“ in der Paul-Gerhardt-Kirche. Die Gemeinde stellte uns nicht nur ihre Räume zur Verfügung, sondern unterstützte uns auch in jeder Weise, obwohl der zuständige Pfarrer Drohmails erhalten hatte. Ca. 300 Teilnehmende fanden sich trotzdem zum Thementag ein.

Eine finanzielle Schwierigkeit ergab sich, weil uns *Brot für die Welt (Inlandsförderung)* nicht mehr wie früher unterstützen wollte. Segensreich wirkte sich die Kooperation mit der *Bielefelder Nahost-Initiative* aus. Die *Solidarische Kirche im Rheinland*, die *Deutsch-Palästinensische Gesellschaft* und erstaunlicherweise auch der *Katholische Fonds* halfen uns mit Zuschüssen. Mit Viola Raheb, Schwester des bekannten Pfarrers

Mitri Raheb, und Rifat Kassis, hatten wir zwei prominente palästinensische Referenten, die die verzweifelte Lage der Palästinenser im besetzten Palästina vortrugen.

Christopher Ferguson, Generalsekretär der Weltgemeinschaft reformierter Kirchen, unterschied sich in seiner deutlichen Kritik an der israelischen Besatzung deutlich von der deutschen reformierten Kirche. Die Kirchentagsleitung hatte über Farid Esack (Johannesburg) und Ulrich Duchrow, der zuerst als Ehrengast des Kirchentagspräsidiums eingeladen war, kurzfristig ein Redeverbot wegen des üblichen Vorwurfs von BDS/Antisemitismus verhängt. Da traf es sich gut, dass beide auf der Rednerliste des Kairos-Thementags standen. Ausgesprochen kurzweilig waren die Ausführungen des Antisemitismusforschers Wolfgang Benz, der die landläufigen Antisemitismuskritiken bei Kritik an Israel infrage stellte. Zuletzt sprachen zwei jüdische Redner, David Ranan und Judith Bernstein, zur Frage: „Ist Kritik an der israelischen Politik Antisemitismus?“

Ein Höhepunkt war zum Abschluss das Theaterstück „Ich werde nicht hassen“. Es ist die Geschichte von einem palästinensischen Arzt aus Gaza. Er erzählt vom Alltag in Gaza, vom Warten an den israelischen Checkpoints, vom Familienleben zwischen Hoffnung und Verzweiflung und vom tödlichen Angriff auf seine drei Töchter. Er hätte allen Grund zu hassen, stattdessen kämpft er für Verständigung und Versöhnung mit Israel.

Ob es aus Anlass des Ökumenischen Kirchentags 2021 in Frankfurt wieder zu einem Thementag kommen wird, ist fraglich, weil die Kirchen und die Stadt Frankfurt ihre Räumlichkeiten verweigern.

Martin Breidert

Symposium 13./14. September 2019: Fragen an die „Zeitzeugen“, Antworten von Frauke Heiermann

1. Welche Erinnerung ist mir besonders wichtig?

Ich erinnere mich an die Visitation des Kirchenkreises Oberhausen durch Südafrikanische Theologen (Mitgliedern des Broederkring, später Belydende Kring) im Jahr 1981, besonders an die Verweigerung des Essens während einer gemeinsamen Mahlzeit mit Personen der Leitung der damaligen GuteHoffnungshütte wegen ihrer Geschäfte mit dem Apartheidregime in Südafrika.

Ich erinnere mich an die ausführlichen theologischen Diskussionen auf der Kreissynode mit den südafrikanischen Theologen und die Beschlüsse der Kreissynode, den Sonderfonds mit Haushaltsmitteln zu unterstützen. Ich erinnere mich an großen Widerstand dagegen seitens der EKiR: Aufhebung des Beschlusses der KS Oberhausen, Verfahren vor der Verwaltungskammer, Besuch der Mehrzahl der Mitglieder der Kirchenleitung auf einer Sondersynode in Oberhausen, um die Synode von ihrer Entscheidung abzubringen.

Ich erinnere mich an die unermüdliche Solidarität der Südafrikaner mit dem Kirchenkreis, obwohl Mitglieder der KL auch nach Kampen (Promotionsort der Südafrikaner, Theologische Fakultät in den Niederlanden) fuhren, um sie zu überzeugen, der Konflikt sei eine innerrheinische Angelegenheit, sie sollten sich da raushalten.

Ich erinnere mich an Proteste gegen die Haltung der Kirchenleitung gemeinsam mit Studenten und Studentinnen der Theologie auf der Besucherempore der Landessynode in Bad Neuenahr.

Ich erinnere mich an den Gottesdienst zur Eröffnung der Landessynode 1983, in dem ich mit anderen Gästen aus dem Rheinland, Südafrika und Namibia schweigend gegen den Beschluss 82/2 protestierte und gemeinsam mit einigen von ihnen Brot und Wein an mir vorübergehen ließ als Ausdruck dafür, dass die Synode mit Beschluss 82/2 den Unterdrückten die Solidarität verweigert hat. (Überschrift im „WEG“, der damaligen Kirchenzeitung für das Rheinland: „Sie verweigerten sich dem Herrn“)

Ich erinnere mich an Berichte von namibischer Seite, dass ihre Kirche mit dem Namibiafonds unter Druck gesetzt wurde, wenn sie in anderen Organisationen Gelder beantragt hatte (z.B. Brot f. d. Welt), in denen ein Mitglied der KL der EKiR im Vergabeausschuss saß.

2. Wie hat das mein Leben geprägt?

Die intensive Partnerschaft und auch Auseinandersetzung mit den Schwestern und Brüdern aus Südafrika und Namibia hat natürlich mein Leben geprägt und meinen Horizont erweitert.

Ich habe gelernt, mich als Teil der weltweiten christlichen Gemeinschaft zu verstehen.

Ich habe den Kontakt zum Belydende Kring gehalten und mich für die Partnerschaft des Kirchenkreises Oberhausen mit dem BK eingesetzt. Daraus ist die Partnerschaft mit der Synode „Freestate and Lesotho“ der Uniting Reformed Church in Southern Africa hervorgegangen, die bis heute besteht.

Ich habe an der Volkshochschule jahrelang Englischkurse belegt, um mich besser verständigen zu können und habe bei Veranstaltungen mit Gästen aus Südafrika oder Namibia übersetzt.

Befreiungstheologie und prophetische Theologie haben für das Verständnis meines Glaubens und meiner Verantwortung in der Welt eine große Bedeutung gewonnen.

Ich habe gemeinsam mit Anderen das Ökumenische Forum begründet. Viele Spenderinnen und Spender haben es ermöglicht, dass über viele Jahre eine Südafrikanerin mitarbeiten und finanziert werden konnte. So war es möglich, sich kritisch mit den Verstrickungen in ungerechte Strukturen auseinander zu setzen.

Als Presbyterin begleitete ich ein Kirchenasyl in meiner Gemeinde und engagierte mich bis heute in einer Internationalen Frauengruppe für Flüchtlingsfrauen.

3. Was bedeutet das für meine Kirche?

„Meine Kirche“ ist die Weltkirche, ein Teil davon ist die EKiR.

Rassismus ist nicht überwunden, die Folgen des Kolonialismus müssen aufgearbeitet werden, auch in der Kirche. Bis heute bestehen die Beziehungen der EKiR zu anderen Kirchen getrennt, die aus der Kolonialzeit bestehenden und die zu Kirchen in Asien und Afrika laufen über die VEM, die zu Europäischen Kirchen und Kirchen in den USA bestehen direkt zur EKiR.

Die Uniting Reformed Church in Southern Africa wurde kürzlich in die VEM aufgenommen.

Die Trennung der Beziehungen ist bis heute kolonial geprägt.

Der Ökumenische Rat ist kaum im Bewusstsein, der Aspekt der weltweiten Gemeinschaft muss deutlicher werden. Der Streit um die Unterstützung des Sonderfonds und die Erfahrungen, die daraus gewonnen wurden, haben auch für heutige Konflikte und Streitfragen Bedeutung.

Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA)

c/o Dr. Markus Braun, Simrockstr. 21, 50823 Köln, Germany, e-mail: marx-braun@gmx.de

Öffentliche Erklärung

Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) setzt sich für die Umwandlung der Christuskirche in Windhoek in eine Gedenk- und Begegnungsstätte zur Erinnerung an den Völkermord an Herero und Nama und zur Aufarbeitung des Kolonialismus in Namibia ein, insbesondere als Beitrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Aufarbeitung ihrer eigenen Schuldgeschichte.

Die Christuskirche ist 1910 als Zeichen des Sieges und der Unterwerfung der Herero und Nama von der Vorgängerorganisation der EKD eingeweiht worden. Der Bau wurde überwiegend mit Mitteln aus Deutschland finanziert.

Überdies ist die Kirche bis heute Gedenkstätte für die deutschen Opfer des Kolonialkrieges, nicht aber für die einheimischen Opfer.

Besonders deutlich wurde das nach der Anbringung der Gedenktafeln im Jahr 1926. Sie bedecken eine ganze Wand, auf ihnen sind die Namen der „für Kaiser und Reich Gefallenen“ verzeichnet.

Die Erinnerung an diese Geschichte wurde in der Kirche bis in die Gegenwart hinein mit vielen Jubiläen unter starker Mitwirkung der EKD begangen und wachgehalten. Während der Apartheidzeit wurde die Kirche mit Beteiligung der EKD aufwändig restauriert.

Sechs Jahre nach dem Gedenkjahr an den Völkermord 2004 wurde unter Mitwirkung der EKD im Jahr 2010 das 100jährige Bestehen gefeiert und die von Anfang an in ihrem Besitz befindliche Christuskirche der Deutschen Gemeinde in Windhoek übergeben, ohne die EKD-Synode einzubeziehen.

Wir fordern die EKD auf, als eine Konsequenz aus ihrem Schuldbekenntnis die erforderlichen Mittel für die Umwandlung der Christuskirche in eine Gedenkstätte bereit zu stellen und zusammen mit dem Namibischen Kirchenrat, der Museums Association of Namibia (MAN) unter Einbeziehung von Namibischen Opferverbänden und anderen kompetenten Institutionen ein Konzept dafür zu entwickeln.

Oktober 2019, Für den Mainzer Arbeitskreis: Markus Braun, Köln, Hans-Martin Milk,
Neu-Isenburg, Frauke Heiermann, Oberhausen

Der MAKSA setzt sich seit 1972 zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen in Deutschland für Gerechtigkeit in den Beziehungen zum Südlichen Afrika ein. Die meisten Mitglieder von MAKSA haben dort jahrelang als kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelebt und gearbeitet. Einige wurden in der Apartheid-Zeit von der damaligen Regierung ausgewiesen. Gründungsort war Mainz.

In Übereinstimmung mit dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rats der Kirchen hat damals MAKSA die westdeutsche Anitapartheidbewegung mitgegründet.

Der MAKSA versteht sich als Teil der weltweiten Ökumene, die sich der christlichen (biblischen) Parteinahme für Arme und Unterdrückte verpflichtet weiß.

Zeit für ein prophetisches Friedenszeugnis

Solidarische Kirche im Rheinland zur EKD-Synode im November 2019

Strukturen des Todes – globale Bewegung für das Leben

1 | Die EKD-Synode in Dresden vom 10.-13.11.2019 steht in Verantwortung vor Gott, der ganzen menschlichen Familie und allen nach uns kommenden Generationen. Sie kann in Dankbarkeit der weltweiten Jugendbewegung für das Leben auf diesem Planeten ihr Gehör schenken. Die „Strukturen des Todes“, die die Lebensgrundlagen unserer Gattung und aller Wesen bedrohen, gehen einher mit der Religion des Geldes und der Heilslehre des Militärischen. Das Diktat einer ultimativ aggressiven Wirtschaft kann im globalen Maßstab nur noch mit Gewalt aufrechterhalten werden. Die entsprechende Kriegsapparatur entzieht der Weltgesellschaft alle geistigen und materiellen Ressourcen, die wir so dringend zur Lösung der großen Zivilisationsfragen benötigen. Gleichzeitig ermöglicht und produziert der Militärkomplex ökologische Verheerungen von unbeschreiblichem Ausmaß. Die Folgen des Klimawandels werden das massenmörderische Zivilisationsprogramm „Töten statt Teilen“ zur Höchstform treiben, sofern wir uns nicht radikal von der „Logik des Militärischen“ verabschieden.

Wir müssen uns entscheiden: Jesus und die Kraft der Gewaltfreiheit

2 | Auf diese so nie dagewesene geschichtliche Herausforderung können wir nicht antworten mit Resolutionen, die keinem wehtun, oder inhaltsleeren Kompromissformeln. Wir müssen uns schon entscheiden. Die Menschen erwarten – zu Recht – ein *prophetisches Zeugnis* mit Folgen für die gesamte kirchliche Praxis (einschließlich der Liturgie). Eine Mehrheit hält es bereits für ausgemacht, dass die Gattung homo sapiens auf suizidale Weise enden wird. Dem steht das christliche Zeugnis der Menschwerdung entgegen. Zu beginnen ist also mit Jesus von Nazareth, der durch ihn offenbarten möglichen Schönheit des Menschen und einer am Evangelium ausgerichteten *Friedenstheologie*. (Nicht einzusehen ist hingegen, warum Synoden jene „friedensethische Papierproduktion“ fortsetzen sollten, die das Denken der vorherrschenden Weltsysteme nicht transzendiert und in den letzten Jahrzehnten dem Rad der rasanten Militarisierung auch an keiner Stelle in die Speichen gefallen ist.) Die überlegene Intelligenz und Kraft der *Gewaltfreiheit* steht im Zentrum jedes christlichen Nachsinnens über einen neuen Zivilisationskurs. Der wider alle geschichtliche Erfahrung propagierte Mythos von „menschenfreundlichen Kriegeseinsätzen“ ist empirisch, aber auch im Horizont der biblischen Religionskritik zu entmythologisieren. Sämtliche Budgets der Weltgesellschaft müssen unter dem Vorzeichen von „Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit“ umgewidmet werden (u.a. Prävention, Konfliktlösung und Schutzstrategien in radikaler Abkehr vom bankrotten Militärdenken). Zum Erfordernis der christlichen Diakonie gehören kirchliche Werkstätten zur Einübung aktiver gewaltfreier Strategien, die allen Menschen und Bewegungen im Widerstand gegen die „Strukturen des Todes“ offenstehen.

Abkehr von jeglicher Kriegskirchlichkeit – Prüfstein „Weltgemeinschaft“

3 | Auf dem Weg hin zu einer *Kirche des gerechten Friedens* sind grundlegende Bereiche im Verhältnis zum Staat neu zu bestimmen. Auszugehen ist vom historischen Abgrund der in zwei Weltkriegen geleisteten Kriegsbeihilfe der deutschen „Kirchen“, über den alle Glieder der Kirche aufgeklärt werden müssen. Die auf der Grundlage von selektiver, z.T. wahnwitziger Bibellektüre entwickelte Irrlehre über einen angeblich göttlich verordneten Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit ist zu dekonstruieren, ebenso die Herrschaftsdoktrin über sogenannte „gerechte Kriege“. Sämtliche Einlasspforten einer möglichen Korrumpierung sind zu schließen: Eine staatliche Besoldung von Amtsträger*innen, die im Dienst der Getauften stehen, darf es auf keiner kirchlichen Ebene mehr geben. Alle staatskirchlichen Strukturen von *Militärseelsorge* (Mili-

tärkirchenwesen) sind zu ersetzen durch eine rein kirchliche *Seelsorge für Soldaten* (ohne staatliche Gehaltszahlungen). Im Gefolge der „Ökumenischen Erklärung“ von 2006 (<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>) ist unmissverständlich klarzustellen, dass *Militärdoktrinen* im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen oder geostrategischer Machtpolitik und zur Abwehr der Armen auf dem Globus mit einer christlichen Friedensvision unvereinbar sind. Es ist nicht die Aufgabe einer mit der weltweiten Christenheit verbundenen Synode, in nationalkirchlicher Manier irgendwelche Voten zugunsten der reichen Länder oder gar der entsprechenden militärischen Interessensbündnisse (u.a. NATO, europäische Ebene) abzugeben. Die in der UN-Charta 1945 beurkundete Friedensvision einer vom Recht geleiteten Völkerwelt bleibt alternativlos. Sie muss endlich bewahrheitet werden durch eine durchgreifende Reform der Vereinten Nationen sowie durch neue – leibhaftige – Wirklichkeiten der dialogischen Verbundenheit der Weltgesellschaft auf politischer, ökonomischer und kultureller Ebene. Abzuwehren ist selbstredend jegliche Beteiligung am „UNO-Bashing“, das stets nur der weiteren Aushöhlung des Völkerrechts und den Agenten einer neuen militärischen „Geopolitik“ zuarbeitet.

Absage an die Todesindustrien und den „Gott der Atombombe“

4 | Eine glaubwürdige Friedenssynode wird angesichts der überlebenswichtigen Einschmelzung der profitbringenden Kriegsökonomien die Propaganda zu einer angeblichen „Mangelausrüstung“ der westlichen Militärapparate und das Mantra einer angeblich alternativlosen Aufstockung der Militärhaushalte entlarven. Die Kirche darf der *Aufrüstung* unseres reichen und mächtigen Landes nicht assistieren. Sie muss sich gleichzeitig auch auf der Ebene der Rüstungsprojekte der perversen Militarisierung der „Europa-Idee“ entgegenstellen. Damit die kirchliche Kritik am verfassungswidrigen deutschen Rüstungsexportkomplex keine Sonntagsrede bleibt, muss die Synode zu einer *Boycott-Praxis* wider die entsprechenden Produktionen und Exporte aufrufen. Nicht nur „autonome Waffensysteme“ – als Gipfel der totalitären Militärtechnik-Revolution – sind zu ächten. Als Christen*innen müssen wir wieder lernen, ausnahmslos alle Technologien zu demaskieren, die auf eine möglichst effiziente Tötung von möglichst vielen Menschen (oder ferngelenkte Hinrichtungen an jedem beliebigen Ort) und andere Verbrechen wider die Menschheit zielen. – Insbesondere würde es 75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki geradezu lächerlich wirken, wenn Synoden heute noch immer durch Entscheidungsverzicht dem *Nuklearwaffenkomplex* beistehen und keine kompromisslose Absage an den „Gott der Atombombe“ aussprechen. Die Ökumene der Getauften ächtet gemeinsam mit allen Menschen guten Willens die Konstruktion, Herstellung, Verbreitung, Lagerung und Stationierung von Atomwaffen; ebenso die Bereitstellung von Logistik zum Einsatz der Massenmordbomben – sowie jegliche direkte oder indirekte Beteiligung an der Drohung mit Nuklearwaffeneinsatz und erst recht natürlich am Einsatz der goteslästerlichen Waffe. Konkrete Forderungen in unserem Land: Sofortiger Abzug aller Atomwaffen (mit anschließender Zerstörung); ersatzloses Ende der bestehenden „nuklearen Teilhabe“; keine irgendwie geartete Mitverfügung oder Partizipation an Atomwaffen-Macht (z.B. in einem gemeinsamen europäischen Militärkomplex); keine wissenschaftliche oder industrielle Zuarbeit für Nuklearwaffentechnologie im Ausland. Wir erwarten, dass die Synode der Friedensnobelpreisträgerin ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) ihren Dank ausspricht, sich vorbehaltlos zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag (2017) bekennt, hierbei die gegenteilige Praxis der deutschen Regierung beklagt und allen Gliedern der Kirche auferlegt, politische Entscheidungen zugunsten der Atombombenbesitzer auf dem Globus zu sabotieren.

Mut zum Reden – oder: Schweigen

5 | Sollte sich die Synode – aus welchen Gründen auch immer – nicht berufen sehen zu einem *prophetischen Zeugnis*, das auch den Konflikt mit den politisch Mächtigen nicht scheut, so wäre sie gut beraten, anstelle etwaiger Beschluss-Fassungen demütig zu schweigen.

SoKi-Arbeitsgruppe – Köln, 16.10.2019

www.solidarischekirche.de